



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2001 - 2004

30. Sitzung

Dienstag, 2. November 2004, 17.00 bis 18.40 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Ernst Ziegler (SVP)
Anwesend Stadtparlament	27 Mitglieder
Entschuldigt	Thomas Hürlimann (CVP) Trudi Weibel (FLiG) Roland Seiler (SVP)
Anwesend Stadtrat	6 Mitglieder
Entschuldigt	---

Traktanden

- 30.01 Personalreglement, 1. Nachtrag; Erlass
- 30.02 Oberstufenzentrum Buechenwald; Genehmigung Projektierungskredit
- 30.03 Interpellation Roman Weibel (FLiG) und Patrick Scheiwiler (CVP) „Gossauer Mobilitätsfonds“
- 30.04 Postulat Kurt Rindlisbacher (FDP) „Erhalt der Berufsberatungsstelle Gossau“ ; Erheblicherklärung
- 30.05 Neue parlamentarische Vorstösse

30.01

Personalreglement, 1. Nachtrag; Erlass

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. August 2004 mit folgendem Antrag:

„Der 1. Nachtrag zum Personalreglement wird erlassen.“

Eintretensdiskussion

Marianne Federer als Präsidentin der Vorberatenden Kommission verliest den Bericht. Die Beratung in der Kommission hat sich im wesentlichen auf Art. 52bis des Personalreglementes (Übergangsregelung Rücktrittsalter) konzentriert. Die Vorberatende Kommission hat die Zusicherung des Stadtpräsidenten erhalten, dass bei Härtefällen der Stadtrat zur Übergangsregelung Hand bieten wird. Die Kommission stellt den Antrag auf Eintreten. Sie unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Hildegard Manser (LdU/SP) wünscht eine flexible Rücktrittsmöglichkeit zwischen dem 63. und dem 65. Altersjahr. Weil der Stadtpräsident individuelle Lösungen für Härtefälle in Aussicht gestellt hat, kann sie sich mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden erklären.

Albert Lehmann (CVP) stellt die Frage, ob die Senkung des Rentenalters auf 63 Jahre zur Zeit angebracht ist. Die zweijährige Zusatzrente wird durch die Steuerzahler finanziert. Die Pensionskasse ist immer noch nach dem Leistungsprimat organisiert, dieser Zustand sollte angepasst werden. Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber sollten paritätisch aufgeteilt werden, statt wie heute zu 60 % durch den Arbeitgeber. Ebenfalls bezahlt heute der Arbeitgeber die NBU-Versicherungsbeiträge. Er fragt, ob der Stadtrat die Pensionskassenlösung und das Personalreglement als Ganzes überdenken wird.

Stadtpräsident Alex Brühwiler erläutert, dass sich der Stadtrat der Problematik bewusst ist. Voraussichtlich wird das Thema in die Legislaturplanung 2005/2008 aufgenommen.

Detailberatung

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag des Stadtrates wird mit einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

30.02

Oberstufenzentrum Buechenwald; Genehmigung Projektierungskredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 23. September 2004 mit folgendem Antrag:

„Für die Projektierung des Oberstufenzentrums Buechenwald mit 12 Klassenzimmern und einer Erweiterungsmöglichkeit auf 15 Klassenzimmer wird ein Kredit von CHF 550'000 bewilligt.“

Das Präsidium schlägt vor, das Geschäft direkt und ohne Vorberatung zu entscheiden.

Ruedi Zingg (CVP), Erika Schweiss (LdU/SP) und Roman Weibel (FLiG) stellen den Antrag auf Einsetzung einer Vorberatenden Kommission.

Hanspeter Fröhlich (FDP) will auf eine Kommission verzichten, weil eine VBK in dieser Phase des Geschäfts nur Kosten verursacht. Wichtige weitere Entscheide werden erst in der Phase Baukredit getroffen, dann ist eine VBK wieder sinnvoll. Das Parlament kennt die Gewaltenteilung nicht, also die Schnittstelle zwischen Legislativen (Parlament) und Exekutiven (Stadtrat). Veränderte Annahmen betr. Schülerzahlen dürfen nicht Grund sein, das

ganze Konzept wieder auf den Kopf zu stellen; die Schülerzahlen werden noch häufiger anders angenommen werden. Deshalb stehen 12 oder 15 Klassenzimmer zur Diskussion, evtl. ein 3. Standort.

Paul Egger (CVP) fragt an, warum der Stadtrat im Terminplan von einer Vorberatenden Kommission ausgeht, und welches die Gründe des Präsidiums für einen Verzicht auf die Kommission sind, und wie weit der Projektierungskredit präjudizierend wirkt für das Projekt.

Stadtrat Markus Sprenger stellt fest, dass der Stadtrat die Termine für die Vorberatende Kommission lediglich geschätzt hat. Mit dem Projektierungskredit wird die Zahl der Klassenzimmer nicht präjudiziert, dies ist Sache des Baukredites. Die Materialwahl ist noch offen, ausser der Stadtrat würde für die Projektierung Einschränkungen vorgeben.

Abstimmung über den Antrag für Einsetzung Vorberatende Kommission:

Der Antrag wird angenommen.

Weil Grösse und Mitglieder der Kommission nicht bekannt sind, wird die Sitzung unterbrochen, damit die Fraktionen nominieren können. Das Präsidium schlägt vor, dass die Kommission mit 5 Personen besetzt werden soll. Es sollen keine Lehrer in die Kommission gewählt werden.

Alfred Zahner (FLiG) hat Mühe mit dieser Attacke gegen eine Berufsgruppe. Bei der Wahl der Kommissionsmitglieder soll die Fachkompetenz im Vordergrund stehen. Er versichert, dass er das Oberstufenmodell mittragen wird.

Stefan Schmid (LdU/SP) möchte nicht eine Berufsgruppe ausschliessen, wünscht aber eine ausgewogene Zusammensetzung der Kommission. Die richtige Kommission wäre die Baukommission.

Hanspeter Fröhlich (FDP) möchte nicht wieder ganz vorne beginnen in der Schulhausdiskussion. Eine ausgewogene Zusammensetzung der Kommission ohne Befangenheit ist wichtig. Er stellt den Antrag, dass keine Lehrer in die Kommission gewählt werden.

Roman Weibel (FLiG) stellt fest, dass schon zum 3. Mal verlangt wird, dass Alfred Zahner nicht in eine Vorberatende Kommission gewählt wird. Alfred Zahner ist für die Arbeit in der Kommission fachlich bestens geeignet. Die FLiG wird ihn in die Kommission nominieren.

Abstimmung über den Antrag Hanspeter Fröhlich (Verzicht auf Lehrer in VBK):

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Fraktionen melden folgende Nominationen:

Patrick Scheiwiler (CVP), Präsident

Urs Kempter (CVP)

Kurt Rindlisbacher (FDP)

Alfred Zahner (FLiG)

Hans Ulrich Rusch (SVP)

Albert Lehmann (CVP) hofft, dass, nebst den Lehrern, die übrigen erforderlichen Kompetenzen in der Kommission nicht vergessen werden.

Stefan Schmid (LdU/SP) findet die vorgeschlagene Zusammensetzung der Kommission schlecht. Er stellt den Antrag, dass das Präsidium den Wahlvorschlag nochmals überlegt, oder das Geschäft an die Baukommission überwiesen wird.

Abstimmung über Antrag Stefan Schmid über Rückweisung an das Präsidium:

Der Antrag wird mit einigen Enthaltung abgelehnt.

Claudia Meier (FLiG), stellt den Antrag auf Einsetzung einer Kommission mit 7 Mitgliedern. Das Plenum, und nicht das Präsidium bestimmt die Kommissionsgrösse.

Stefan Schmid (LdU/SP) wünscht Abstimmung über diesen Antrag.

Hanspeter Fröhlich (FDP) kann den Antrag nicht nachvollziehen.

Patrick Scheiwiler (CVP) weist darauf hin, dass für eine 7-er Kommission noch nicht bekannt ist, wie viele Mitglieder aus jeder Fraktion in der nächsten Amtsdauer Einsitz haben werden. Er möchte bei einer 5-er Kommission bleiben.

Abstimmung über Kommission 5 Mitglieder / 7 Mitglieder:

Es wird eine Vorberatende Kommission mit 5 Mitgliedern eingesetzt.

Abstimmung über die Kommissions-Mitglieder:

Gewählt werden:

Patrick Scheiwiler (CVP), Präsident

Urs Kempfer (CVP)

Kurt Rindlisbacher (FDP)

Alfred Zahner (FLiG)

Hans Ulrich Rusch (SVP)

30.03**Interpellation Roman Weibel (FLiG) und Patrick Scheiwiler (CVP) „Gossauer Mobilitätsfonds“**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 23. September 2004.

Die Interpellanten verzichten auf eine Stellungnahme. Die Diskussion wird nicht verlangt.

30.04**Postulat Kurt Rindlisbacher (FDP) „Erhalt der Berufsberatungsstelle Gossau“; Erheblicherklärung**

Grundlage ist das Postulat vom 7. September 2004 mit folgenden Anträgen:

„Der Stadtrat wird beauftragt,

- 1. mit der Kantonsregierung Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Berufsberatungsstelle inkl. Berufsinformationszentrum als Zweigstelle des Beratungskreises St. Gallen in Gossau zu belassen.*
- 2. dem Kanton die dadurch erwachsenden Mehrkosten zu vergüten und diese in die kommenden Budgets aufzunehmen.“*

Der Interpellant **Kurt Rindlisbacher (FDP)** begründet seinen Vorstoss.

Stadtrat Markus Sprenger (CVP) stellt im Namen des Stadtrates den Antrag, das Postulat als nicht erheblich zu erklären. Die Regierung hat bei der Bildung der 7 Berufsberatungskreise festgehalten, dass kleine Berufsberatungsstellen qualitativ nachteilig wären. Die Argumente von Gossau waren der Regierung vor deren Entscheid bekannt. Die Distanz zwischen St. Gallen und Gossau ist kein ernsthaftes Hindernis. Die Regierung will keine

Sonderlösung Gossau und würde auf Verhandlungen mit Gossau kaum eintreten, wenn sie glaubwürdig bleiben will.

Stefan Schmid (LdU/SP) möchte nicht, dass der Stadtrat einfach die Haltung der Regierung übernimmt. Es muss Widerstand gezeigt werden, auch für künftige Fälle, wo der Abbau von Service Public ansteht.

Alfred Zahner (FLiG) stellt fest, dass der Zug leider abgefahren ist. Die Regierung stellt die Qualität des Angebotes in den Vordergrund, weniger die Finanzen. Die Finanzierung einer Berufsberatungsstelle Gossau dürfte jährlich rund CHF 550'000 kosten.

Patrick Scheiwiler (CVP) fände es problematisch, wenn die Stadt eine kantonale Aufgabe finanzieren würde. Mit dem Antrag 1 des Postulates ist er einverstanden, Antrag 2 möchte er streichen.

Der Interpellant **Kurt Rindlisbacher (FDP)** zieht Antrag 2 des Postulates zurück.

Abstimmung über Erheblicherklärung (geänderter Postulatsauftrag):

„Der Stadtrat wird beauftragt, mit der Kantonsregierung Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Berufsberatungsstelle inkl. Berufsinformationszentrum als Zweigstelle des Beratungskreises St. Gallen in Gossau zu belassen.“

Das Postulat wird mit einigen Gegenstimmen als erheblich erklärt.

30.05

Neue parlamentarische Vorstösse

Interpellation Erika Schweiss (LdU) und Thomas Hürlimann (CVP) „Spitexangebote in Gossau“

Im Anschluss an die Sitzung verabschiedet der Präsident das Mitglied Roman Weibel aus dem Parlament und dankt ihm für seine Arbeit. Er hat auf Ende 2004 seinen Rücktritt erklärt und heute zum letzten Mal an einer Parlamentssitzung teilgenommen.

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium auf dem Zirkulationsweg am 8. November 2004 genehmigt.

Ernst Ziegler
Präsident

Toni Inauen
Stadtschreiber